

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 30 Gewerbeordnung (GewO)

Privatkrankenanstalt Privatentbindungsanstalt Privatnervenklinik

Antragsteller/in: **Natürliche Person ***

* bei Personengesellschaften (z.B. GbR, KG, OHG) ist für jeden geschäftsführenden Gesellschafter ein eigener Antrag auszufüllen

Landratsamt Regensburg - Gewerberecht - Altmühlstr. 3 93059 Regensburg	Eingangsvermerk der Behörde:
--	------------------------------

1. Antragsteller/in (persönliche Angaben):

Anrede:	Name:		
Vorname(n):		Geburtsname (wenn vom Namen abweichend):	
Geburtsdatum:	Geburtsort (Gemeinde, Land):		
Staatsangehörigkeit:	<input type="checkbox"/> deutsch	<input type="checkbox"/> andere:	

Anschrift der aktuellen Hauptwohnung:

Straße, Haus-Nr.:	
Postleitzahl:	Ort:
Telefon:	Fax:
E-Mail:	

Hauptwohnsitze in den letzten fünf Jahren: wie oben angegeben wie nachstehend aufgeführt (ggf. Beiblatt verwenden)

von / bis Aufenthaltsort (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

Gewerbliche Betätigung in den letzten fünf Jahren:

von / bis Betrieb (Name, Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

2. Angaben zum Unternehmen:

Unternehmensbezeichnung (bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform, z.B. bei e.K.):

Anschrift der Privatkrankenanstalt/Privatentbindungsanstalt/Privatnervenklinik:

Straße, Haus-Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon (geschäftlich):

Fax (geschäftlich):

E-Mail (geschäftlich):

3. Angaben zum gewerberechtlichen Erlaubnisverfahren:

Haben Sie bereits früher bei einer anderen Behörde einen Erlaubnis Antrag nach § 30 Abs. 1 GewO gestellt?

nein

ja

Wenn ja: Bei welcher Stelle? ggf. Grund der Nichterteilung der Erlaubnis?

4. Angaben zu Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungsverfahren in den letzten fünf Jahren

Ist/sind gegen Sie (ein) Strafverfahren anhängig?

ja

nein

Ist/war gegen Sie wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit ein Ordnungswidrigkeitenverfahren anhängig?

ja

nein

Ist/war gegen Sie ein Gewerbeuntersagungsverfahren und/oder ein Rücknahme-/Widerrufsverfahren einer gewerberechtlichen Erlaubnis anhängig?

ja

nein

Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde? Bitte **Aktenzeichen** angeben!

5. Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet

ja

nein

oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

ja

nein

Haben Sie eine Vermögensauskunft an Eides statt nach § 802c ZPO abgegeben

ja

nein

oder liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?

ja

nein

6. Erforderliche Unterlagen

6.1 Antrag, vollständig ausgefüllt

6.2 Führungszeugnis (zur Vorlage bei Behörden)

zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde, wird von dort direkt dem Landratsamt vorgelegt

6.3 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (zur Vorlage bei Behörden)

zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde, wird von dort direkt dem Landratsamt vorgelegt

6.4 Auskunft aus dem Gemeinsamen Vollstreckungsportal der Länder

wird vom Landratsamt eingeholt

6.5 Bescheinigung des Finanzamtes, aus der hervorgeht, ob

- die Steuererklärungen zuletzt pünktlich abgegeben wurden
- die Steuern zuletzt pünktlich entrichtet wurden
- Steuerrückstände bestehen
- in den letzten 5 Jahren Strafen oder Geldbußen wegen Steuerstraftaten oder Steuerordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wurden

ist beigefügt wird nachgereicht

6.6 Stellungnahme des Amtsgerichts - Insolvenzgericht -

ist beigefügt wird nachgereicht

Hinweis: Die Dokumente Nr. 6.5 und 6.6 sind **im Original** vorzulegen.

6.7 Klinikkonzept

6.7.1 Ärztliche Leitung und deren Stellvertretung

- a) Approbation
- b) ggf. Promotion
- c) Facharznachweise inkl. der Schwerpunktkompetenz und der sonstigen Weiterbildungsnachweise
- d) Führungszeugnis **zur Vorlage bei Behörden**
zu beantragen über die Wohnsitzgemeinde, wird von dort direkt dem Landratsamt vorgelegt
- e) Bestätigung der Ärztekammer, dass keine standesgerichtlichen Verfahren eingeleitet und auch keine berufsgerichtliche Verurteilungen ausgesprochen worden sind

6.7.2 Fachbereichsleitung und deren Stellvertretung

Bestätigung der Ärztekammer, dass keine standesgerichtlichen Verfahren eingeleitet und auch keine berufsgerichtlichen Verurteilungen ausgesprochen worden sind

6.7.3 Räumliche/bauliche Darstellung des Klinikobjekts mit entsprechenden Bemaßungen, Anzahl, Größe, Ausstattung, Zweckbestimmung

- a) Katasteramtlicher Lageplan der Anstalt/Klinik mit Himmelsrichtungen
- b) Bau-, Raum- und Funktionspläne 2-fach, Maßstab 1:100 mit Stellungnahmen eines Krankenhaushygienikers, des Gewerbeaufsichtsamtes und der Branddirektion
- c) Angabe/Darstellung von:
 - Patientenzimmer
 - Anzahl der Betten je Zimmer
 - Stützpunkte/Schwesternzimmer
 - Sozialräume gem. ArbStättV
 - Personalumkleiden
 - WC (Personal/Besucher)
 - Untersuchungsräume
 - Funktionsabteilungen

- nicht bettenführende Bereiche (OP-Saal, Radiologie, Laborbereich, Physikalische Medizin, ZSVA, Küche, Wäscherei, reine/unreine Arbeitsbereiche, Lager)
 - Leichenraum
 - Belegungsübersicht (Bettenplan) getrennt nach Gebäudeteilen bzw. Geschossen
 - Kopie der Baugenehmigung (nur Textteil), bei bereits bestehender Klinik zusätzlich Änderungsbaugenehmigung
 - Bei Teilbelegung eines Gebäudes: Darstellung, in welchen Gebäudeteilen ggf. nicht zur Anstalt gehörende Personen wohnen
- d) Darstellung der zentralen oder dezentralen Bettenaufbereitung:
- Technische Ausstattung
 - Ersatzstromversorgung
 - Notrufanlage (akustisch, optisch)
 - Basisausstattung zur Behandlung medizinischer Notfälle, zur Reanimation (Notfallkoffer, Defibrillator etc.)
 - dem Behandlungsschwerpunkt angemessene medizinisch-technische Ausstattung
 - Klimatisierung/Raumlufttechnik
 - Aufzüge (Bettentransport)
- e) Hygienemanagement:
Von einer Krankenhaushygienikerin/einem Krankenhaushygieniker erarbeitetes, an Klinikorganisation und Klinikstrukturen angepasstes Hygienekonzept inkl. angepasstem und vollständigem Hygieneplan, Reinigungs- und Desinfektionsplänen, Nachweis der validierten Medizinprodukteaufbereitung

Hinweis zur Kostenerhebung

Das Erlaubnisverfahren nach § 30 Abs. 1 GewO ist gebührenpflichtig, auch wenn ggf. der Antrag zurückgenommen oder die Erlaubnis versagt wird. Die Erlaubnisbehörde erhebt die Erlaubniskosten im Wege des Kostenvorschusses.

Ich versichere die Richtigkeit und Aktualität meiner Angaben und eingereichten Unterlagen. Mir ist bekannt, dass die Ausübung von Tätigkeiten nach § 30 Abs. 1 GewO vor Erteilung der entsprechenden Erlaubnis mit Geldbuße bedroht ist und nach § 15 Abs. 2 GewO mit Mitteln des Verwaltungszwanges verhindert werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift (ggf. mit Stempel)